

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Vertrieb: 10. Nachrichten Dresden.
Bezugspreis: 25 241.
Zur für Nachlieferung: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Mai 1924 bei täglich zweimaliger Zustellung drei Haus 1,50 Goldmark.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einpaltige 30 nun gerech-
telt 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne
Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pfg.,
außerhalb 200 Pfg., Überlangen 10 Pfg. Ausw. Beiträge gegen Vorauszahlung.

Schreibleitung und Hauptredaktion:
Märkerstraße 36/40.
Druck u. Verlag von Siegfried & Reichardt in Dresden.
Postfach - Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Tennis - Schläger
-Bälle, -Netze, -Pfeifen, -Pressen etc.
Krocket - Hockey - Fußball - Sommerspiele
B. A. Müller, Prager Straße 32

14 Ring- Rönigsdiele Ring-
Küche 14
Vornehmes Restaurant

Sporthotel Altes Amtshaus und Amtshof Altenberg
im Erzgebirge
Garage, Bellebeis und bevorzugte Einkehrstelle für Garage
für 8 Autos, Automobilisten. für 5 Autos.
Alten Touristen- u. Sporthotel, Behagl. Aufenthalt für Erholungsbedürftige.
Wald dicht am Hotel. - Jeden Sonntagabend von 7 Uhr ab **Reunion**.
Erstklassige Verpflegung und Komfort, besteingerichtete Fremdenzimmer.
Telephon Amt Lauenstein 9. Besitzer: W. HECKER.

Das Reichstabinett denkt nicht an Rücktritt.

Scharfe offiziöse Auslassung gegen die Deutschnationalen Volkspartei. Sabotageakte in Oberschlesien. — Graf Kanitz über die Not der Landwirtschaft.

Der Kampf zwischen Regierung und Deutschnationaler Volkspartei.

Berlin, 15. Mai. Die Reichsregierung ist, wie das B. T. N. erzählt, auch angesichts des Beschlusses des Vorstandes der Deutschnationalen Volkspartei entschlossen, pflichtgemäß die ihr übertragenen Regierungsgeschäfte nicht vor dem Zusammentritt des Reichstages aus der Hand zu geben. Sie hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, Deutschland in den Verhandlungen über die Sachverständigenaustausch zu vertreten, und die zur Durchführung der Austausch erforderlichen Gesetzentwürfe vorzubereiten, sowohl im Hinblick auf die immer bedrohlicher werdende Kreditkrise, die finanziellen und wirtschaftlichen Erfordernisse Deutschlands, die ohne jeden Aufschub befriedigt werden müssen, wie aber auch in dem Bewußtsein, dadurch dem Willen der Mehrheit des deutschen Volkes und der Mehrheit des neuen Reichstages zu entsprechen.

Der von der Reichsregierung vertretene Standpunkt hinsichtlich der Sachverständigenaustausch wird nach den eigenen Erklärungen teils von der Sozialdemokratischen Partei, von der Zentrumspartei, von der Deutschen Volkspartei und von der Bayerischen Volkspartei, die auch im neuen Reichstag auf jeden Fall über eine weit größere Stimmenzahl verfügen, als eine etwaige gemeinsame Opposition der Deutschnationalen Volkspartei, der Kommunistischen Partei und der Volkslichen Freiheitspartei.

Bei dieser Sachlage erachtet die Reichsregierung den Beschluß der Deutschnationalen Volkspartei als nicht im Einklang stehend mit den tatsächlichen Verhältnissen, wie sie sich nach der Willensäußerung des deutschen Volkes in den Reichstagswahlen ergeben haben. Die Reichsregierung sieht in dem Beschluß des Parteivorstandes der D. N. V. P. eine ernste Gefährdung der deutschen Interessen in der Außenpolitik. Ueber die Gründe, die die Reichsregierung zu ihrer Stellungnahme zu dem Sachverständigenaustausch gezwungen haben, sind Parteiführer der Deutschnationalen Volkspartei von seiten der Reichsregierung eingehend unterrichtet worden, ohne daß es gelang, die deutschnationalen Vertreter zu einer positiven Erklärung zu bewegen. Auch sonst liegt immer noch keine klare und bindende Erklärung der Deutschnationalen Volkspartei darüber vor, wie sie sich die Regelung der Sachverständigenaustausch denkt, vielmehr wächst von Tag zu Tag die Unklarheit über ihre Absicht hinsichtlich der Sachverständigenaustausch, die zum Kern- und Angelpunkt der deutschen Politik geworden sind. Die schnellste Klärung der politischen Lage könnte die Deutschnationalen Volkspartei selbst schaffen, wenn sie Antwort geben wollte auf die fortgesetzt an sie gestellten Fragen, wie sie denn zum Austausch und zu wichtigen Einzelfragen der deutschen Außenpolitik steht.

Das wäre auch die beste Vorbereitung der bevorstehenden Regierungsbildung. Für die Reichsregierung wäre es unerantwortlich, wollte sie aus innerpolitischen Gründen die außenpolitischen Interessen Deutschlands aufs Spiel setzen.

Der Deutschnationale Standpunkt zum Dawes-Programm.

Hasel, 15. Mai. Die „Hafeler Nachrichten“ veröffentlichen einen Artikel von Prof. Doeberich über Reichstagsauswahl und Außenpolitik. Die bisherige große Koalition, heißt es in diesem Artikel, hätte eine ganz knappe Mehrheit, ebenso eine Rechtsregierung der Staatsbürgerlichen Kräfte von den Deutschnationalen bis zum Zentrum und der Bayerischen Volkspartei. Doch würde eine solche Regierung unter Führung der Rechten gescheitert sein. Die Deutschnationalen seien für die Regierungsbildung gerüstet. Sie verlangten auch heute eine neue Grundlage für die Reparationspolitik mit einer endgültigen Regelung. Der Eintritt Amerikas in die Sanierungsaktion werde voll gewürdigt und begründet. Eine etwaige Regierung mit Einschluß der Deutschnationalen aße mit freien Händen an das Expertenamt. Anzuerkennen sei bei den Expertenberichten ihre Rücksichtnahme auf die Stabilität der deutschen Währung und des deutschen Staatshaushaltes, auf die Bedeutung der Wiederherstellung der Reichseinheit, ihre Zusage einer Anleihe und die Transparenz der Methode. Einwände gegen die Expertenberichte seien hinsichtlich der außerordentlich hohen Restrukturmaßnahmen und des Kontrollsystems zu erheben. Eine bloße Annahme des Gutachtens im Sinne des „Times“-Artikels vom 7. Mai lehnen die Deutschnationalen ab. Gälten die Expertenberichte als unteilbares Ganzes, so müßten mindestens alle Punkte über ihre Auslegung befragt werden, insbesondere bezüglich der Auslegung des Art. 230 des Grundgesetzes, daß die finanzielle und ökonomische Einheit des Reiches wiederhergestellt werden müsse. Hier bestche eine Differenz zwischen der Absicht der Sachverständigen einerseits, Poincaré und der Repl. andererseits. Eine ähnliche Unklarheit bestche bezüglich der Sanktionen.

Der Artikel kreist ironisch die Frage, ob die Militärkontrollen etwa auch gleich zusammen mit dem Gutachten angenommen werden solle. Schließlich betont der Artikel, daß die Deutschnationalen im Gegensatz zu der bisherigen Regierung unbedingt sich für die Erfüllung der bekannten Ehrenpunkte (Anleihe der Reurteilen des Ruhrgebietes, Rückführung der Beamten, Arbeiter usw.) einsetzen. Am Schlußsatz wird betont, daß die Deutschnationalen eine **Kriegsentscheidung** vorausverpflichtung für den verlorenen Krieg niemals grundsätzlich abgelehnt haben, jedoch könnten sie Verpflichtungen nur für erfüllbare Leistungen eingehen. (B. T. N.)

Der Tag der Jeanne d'Arc.

Als Erinnerungstag an seine Nationalheldin, die einst in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts das schwer bedrängte Orleans vor dem Ansturm der Soldnerhorden des englischen Heerführers Talbot und des Grafen von Suffolk errettete, und die mit dieser Tat die Befreiung der nordfranzösischen Provinzen von englischer Oberherrschaft einleitete, beging ganz Frankreich in diesem Jahre den 11. Mai, den vergangenen Sonntag, an dem sich das Schicksal der Republik durch die gleichzeitig stattfindenden Wahlen entscheiden sollte und an dem es sich, wenn auch in völlig anderer Sphäre, als allgemein erwartet wurde, tatsächlich entschieden hat. Schon lange vor dem Beginn der Wahlhandlung, der auf 11 Uhr angesetzt war, durchströmten unzählige Menschenmassen die Straßen der Hauptstadt und am Place des Pyramides, wo sich das Standbild der geachteten Voltaire erhebt, schauten sie sich zu Mäulern, um dem lebendigen Schauspiel beizuwohnen, das die französische Regierung nach echter Tribünenart der ewig sensationellsten Pariser Bevölkerung bot. Das Denkmal verlor in einem Sog von Blumen und Kränzen, über denen ein Gewinde aus Orchestern und weißen Vögel, gehalten von einem Band in den Farben der Tricolore mit der Aufschrift: „Der Präsident der Republik“, besonderes Aufsehen erregte. In der zehnten Stunde erschien der Minister des Inneren, de Selves, und feierte das Gedächtnis der Heldin in einer Ansprache, an die sich der Vorbeimarsch der berittenen republikanischen Garde und zahlloser anderer Truppen anschloß. Auch in der Provinz, so wie in den afrikanischen Kolonien, ist dieser Tag feierlich begangen worden, und wenn hier noch eine Einzelheit Erwähnung finden darf, so sei es die, daß ein förmlicher Strom internationaler Fremder sich nach jenem Wunderbaum in der Nähe Domremus ergoß, unter dem die Junfrau ihre Wurzeln gehabt haben soll.

Es war sicher kein Zufall, daß diese pompöse aufgesetzene Nationalfeier mit dem Wahlausschlag zusammenfiel. In Deutschland hat man immer gemeint, daß die wiederholte Verschlebung des französischen Wahltags lediglich mit der Festsetzung des Reichstagswahltermins zusammenhing und daß es der Pariser Regierung nur um die Erlangung einer außerordentlichen Wahlparole zu tun gewesen wäre, die der Ausfall der deutschen Wahlen abgeben sollte. Zweifellos lag in dieser Annahme viel Wahres. Aber der alleinige Grund für die Verlegung der Kammerwahlen auf den 11. Mai ist das sicher nicht gewesen. Ausschlaggebend hat die geplante große Nationalfeier für die Befreiung Frankreichs mitgewirkt, die nach dem Willen der Millerand, Poincaré, Faucher, Tardieu usw. dem französischen Wähler vor und auf seinem bedeutungsvollen Gange zur Urne noch einmal nachdrücklich die Macht der Grande Nation und die Vaterlandsbeneignung ihrer augenblicklichen Führer vor Augen stellen sollte. Der französische Politiker arbeitet mit solchen Mitteln, weil er die Empfindlichkeit der breiten Volksmassen für allzuweiche äußere Eindrücke recht einschätzt. Und wenn vor einigen Wochen das rumänische Königspar mit einer ganz außerordentlichen Reihe von Feiern in Paris bearbeitet und unterhalten wurde, wenn weiter die Vorbereitungen für den in diesen Tagen geplanten Empfang des Prinzenregenten von Aethiopien, der Kaiserin Saoditu und ihrer vier Unterköniginnen alles Tagelange überfeierten und in gar keinem Verhältnis zur wirklichen Bedeutung dieser Herrscher mehr stehen, so spielt dabei ganz entschieden ein ähnliches Maß gewollter Volksbeeinflussung eine Rolle, die die Position der Sachwalter der Republik, also der Claude Millerand-Poincaré besetzen soll oder wenigstens besetzen sollte.

Allein diesmal haben die sinnigen äußeren Beheftsmittel zur Gewinnung der Volksgunst zu keinem Erfolge geführt. Die Aura popularis, die von den Zeiten des Mittelalters an bis heute nirgends so wandelbar war und ist wie in Paris und in den wenigen anderen französischen Großstädten, hat sich durch den Pomp der nationalen Feiern für Jeanne d'Arc nicht in dem erhofften Maße beeinflussen lassen. Menschlich verständlich ist das auf alle Fälle. Denn der französische Steuerzahler wird sich, gerade weil er vom Wahlmaß der Augen in die erste Schlichtheit des Volkstums eilen mußte, gefragt haben, was dieses Blumenmeer, diese Paradeuniformen kosten mögen und wer sie eigentlich bezahlen muß, und er wird sich in zahlreichen Fällen entschlossen haben, denen, die mit Staatsgeldern so verschwenderischen Aufwand treiben, seine Stimme zu verweigern. Eine seltsame Tragik für die bisherigen Epiten der französischen Republik, die sich von ihrer Kleinpolitik des Stimmensangs durch Keuschlichkeiten etwas ganz anderes versprochen, eine Enttäuschung für sie, die noch dadurch besonders gesteigert wurde, daß sie sich mit ihren

Regierungsscheu der französischen Sozialisten.

Loyale Mitarbeit, aber keine Beteiligung an der Regierung.

Paris, 15. Mai. Zur Frage des Eintritts der Sozialisten in die Regierung schreibt der linksradikale Pariser „Soir“, es scheint, daß der ablehnende Standpunkt von Blum die Zustimmung der großen Mehrheit der Sozialistischen Partei finde. Die Verbände des Nord-Departements, des Departements Haute-Vienne und des Seine-Departements teilten ihm, der außerordentliche Konvent vom 1. Juni wurde ihm höchstwahrscheinlich funktionieren. Die Frage, die durch die Ablehnung der Sozialisten entstehe, werde nun für nun eine Wiederholung derjenigen von 1902 sein. Als Combes an die Stelle von Waldeck-Rousseau trat, habe er den Sozialisten kein Portefeuille angeboten. Nichtschoneweniger hätte Lauréa und seine Gruppe ihn drei Jahre lang unterstützt. Tant ihrer aktiven und unermüdeten Unterstützung habe Combes die schwierige Sozialreform durchzuführen können. (B. T. N.)

Serriol wirbt bei Macdonald für Frankreich.

England soll den „Verleumdungen“ über französische Militärdienste seinen Glauben schenken.

London, 15. Mai. Am Laufe einer Unterredung mit dem Korrespondenten der „Morning Post“ gab Serriol folgende Erklärung ab: Frankreich muß und will, wenn wieder ein dauernder Friede hergestellt sein soll, seine Bündnisse aus der Kriegszeit aufrechterhalten. Die Entzweiung ist heute notwendiger als damals und sollte haltbarer als jemals sein. Wenn Frankreich energischer als andere Nationen auf der Entwaffnung Deutschlands und auf dem Wiederaufbau besteht, so geschieht das deshalb, weil es durch die Gefahr härter bedroht wird und weil es härter durch den Krieg gelitten hat. England darf deshalb den Verleumdungen, die vom französischen Imperialismus reden, keinen Glauben schenken. Andererseits muß Frankreich versichern, daß England infolge seiner wirtschaftlichen Schwierigkeiten genötigt ist, zuerst an seine eigenen Interessen zu denken. Zum Schluß tritt Serriol dafür ein, daß Staatsmänner beider Länder sich auf ein gemeinsames Borgehen einigen, um den Frieden gemeinsam zu gewinnen, wie sie gemeinsam den Krieg gewonnen haben.

Die deutsche Sprache in der Kammer offiziell zugelassen.

Paris, 15. Mai. Bei dem Zusammentritt der neuen französischen Abgeordnetenkammer wird die deutsche Sprache offiziell zugelassen werden. Der neue kommunistische Abgeordnete aus dem Elsass Ducher beabsichtigt, seine erste Rede in deutscher Sprache zu halten. Ducher, der wahrscheinlich nur von einer geringen Zahl seiner Kollegen in der Kammer verstanden werden wird, behauptet, die deutsche Sprache wäre die einzige, die er gründlich kenne, und er sei nicht imstande, an einer Debatte in französischer Sprache teilzunehmen.

Der Repko-Vertreter im Industrie-Ausschuß

Paris, 15. Mai. Der von der Reparationskommission zum Mittel der Organisationsausschußes für die deutschen Industrie-Obligationen bestimmte italienische Sachverständige Alberto Pirelli hat diesen Auftrag abgelehnt. Er ist durch den italienischen Vertreter im Finanz-Ausschuß des Völkerbundes Bianchini ersetzt worden. (B. T. N.)

Paris, 15. Mai. Staatssekretär Permann, der mit Staatssekretär Roat Deutschland bei dem Organisationsausschuß für die Reichsbahnabriegelung vertritt, traf heute vormittag in Paris ein, um Abklärung mit den alliierten Vertretern im Auswahls-Kommittee und Levoire zu nehmen. In den der Repko naheliegenden Kreisen hofft man, daß der Organisationsausschuß bald mit seinen Arbeiten beginnen kann. (B. T. N.)

D'Estournelles de Constant †

Paris, 15. Mai. Senator d'Estournelles de Constant ist heute gestorben. (B. T. N.)